



Mellowpark e.V.
An der Wuhlheide 250
12459 Berlin

IKIII3 - - 03KEM0005

Stresemannstr. 128 - 130, 10117 Berlin
☎ +49 (0)3018 305 0 (Zentrale)
☎ +49 (0)3018 305 4375 (Zentrale)
☎ +49 (0)3018 305
☎ +49 (0)3018 305
✉ E-Mail

Berlin, 07.12.2021

Zuwendungsbescheid

BETREFF Zuwendung aus Mitteln des EKF-WPL 2020 „Maßnahmen zum nationalen Klimaschutz“, Haushaltsjahr 2021, für das Vorhaben:

"Klimagerechter Neubau einer BMX Halle auf dem Gelände des Mellowpark mit regenerativer Energieversorgung und pädagogischem Konzept im Sinne von Bildung für nachhaltige Entwicklung."

BEZUG Förderkennzeichen: **03KEM0005**
Ihr Antrag vom: 15.06.2021
In der Fassung vom: 03.11.2021
Mit Ergänzungen vom: 21.09.2021, 01.11.2021, 03.11.2021 und 24.11.2021

- ANLAGE**
- Abdruck "Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung - ANBest-P -" (Stand: 13.06.2019)
 - Weitere Nebenbestimmungen und Hinweise
 - Vordruck "Empfangsbestätigung"
 - Vordruck „Antrag profi online“
 - Abdruck mit „Hinweise für Zahlungsempfänger“
 - Muster der Belegliste als Anlage zum Verwendungsnachweis

Sehr geehrte Damen und Herren,

**1. Höhe der Zuwendung/Finanzierungsform und -art/Zweckbindung/Bewilligungszeitraum/
Zahlungsplan**

ich bewillige Ihnen als Projektförderung eine nicht rückzahlbare Zuwendung bis zu

8.000.000,00 €

(in Buchstaben: Acht-null-null-null-null-null-null Euro), als festen Betrag an den zuwendungsfähigen Ausgaben in Höhe von 9.934.704,00 € (Festbetragsfinanzierung).

Der vorstehende Betrag ist ein Höchstbetrag. D.h., die konkrete Höhe der Zuwendung wird erst nach erfolgter Prüfung des von Ihnen einzureichenden Verwendungsnachweises im Schlussbescheid festgesetzt. Der Höchstbetrag steht bis dahin unter Vorbehalt.

Welche Ausgaben im Rahmen der Verwendungsnachweisprüfung als zuwendungsfähig anzuerkennen sind, richtet sich in Ausübung des pflichtgemäßen Ermessens der Bewilligungsbehörde sowie den in diesem Zuwendungsbescheid und den dazugehörigen Nebenbestimmungen getroffenen Regelungen.

Die Zuwendung ist zweckgebunden; sie darf nur für das o. a. Vorhaben entsprechend Ihrem Antrag vom 15.06.2021, in der Fassung vom 03.11.2021, einschließlich evtl. Ergänzungen (s. Bezug) und dem beigefügten, von mir im Einvernehmen mit Ihnen geänderten Gesamtfinanzierungsplan verwendet werden.

Die Bewilligung setzt voraus, dass die Gesamtfinanzierung des Vorhabens gesichert bleibt.

Der Zuwendungsbescheid gilt für den Zeitraum vom **01.01.2022 bis 31.12.2024** (Bewilligungszeitraum).

Die Zuwendung darf nur für die im Bewilligungszeitraum für das Vorhaben verursachten Ausgaben abgerechnet werden.

Ich beabsichtige, die Zuwendung kassenmäßig wie folgt zur Verfügung zu stellen:

1.898.887,51 € im Haushaltsjahr **2022**

2.644.273,00 € im Haushaltsjahr **2023**

3.456.839,49 € im Haushaltsjahr **2024**

Sollte sich der Gesamtfinanzierungsplan zeitlich verschieben, so ist dies unverzüglich mitzuteilen. Werden die im laufenden Haushaltsjahr auf der Grundlage des Finanzierungsplans bereitgestellten Mittel nicht wie vorgesehen in Anspruch genommen, kann die Zuwendung um den nicht in Anspruch genommenen Betrag gekürzt werden. Einer Änderung des Zahlungsplans über das Haushaltsjahr hinaus kann nur entsprochen werden, soweit die erforderlichen Haushaltsmittel zur Verfügung stehen.

2. Nebenbestimmungen und Hinweise

Die beigefügten ANBest-P sind nach Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen Bestandteil dieses Bescheides.

Für die Auszahlung der Zuwendung gilt das Anforderungsverfahren nach Nr. 1.4 ANBest-P. Die Frist für die alsbaldige Verwendung der Mittel beträgt vorhabenbezogen 6 Wochen.

Es gelten die folgenden sowie die als Anlage beigefügten Weiteren Nebenbestimmungen und Hinweise:

- Abtretung einer Forderung an Dritte

Die Abtretung einer Forderung aus dem Zuwendungsbescheid an Dritte ist ausgeschlossen.

- Genehmigung der Europäischen Kommission

Die Förderung für das o. a. Vorhaben wird als Einzelbeihilfe nach Art 55 der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der EU-Kommission vom 17. Juni 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union („Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung“ – AGVO, ABl. L 187 vom 26.6.2014, S. 1, in der Fassung der Verordnung (EU) 2021/1237 vom 23. Juli 2021) gewährt.

Die Zuwendung für die nachstehenden Einzelansätze des Gesamtfinanzierungsplans wird kassenmäßig gesperrt:

Die Zuwendung in Höhe von **800.000,00 € wird kassenmäßig gesperrt.**

Dies entspricht 10% der Gesamtzuwendung. Die Auszahlung erfolgt nach Prüfung des Verwendungsnachweises.

Gesperrte Bundesmittel können nicht ausgezahlt werden.

- Änderung des Gesamtfinanzierungsplans

Änderungen des Gesamtfinanzierungsplans, die über die Ermächtigung der Nr. 1.2 ANBest-P hinausgehen, bedürfen meiner vorherigen schriftlichen Zustimmung. Dem Antrag ist eine Neufassung des Gesamtfinanzierungsplans beizufügen.

- Vergabe von Aufträgen

Ergänzend zu den Regelungen in der Nr. 3 der ANBest-P und BNBest-BMBF98 gilt für Zuwendungen oder bei Finanzierungen durch mehrere Stellen, bei denen der Gesamtbetrag der Zuwendung mehr als 100.000 Euro beträgt:

Aufträge bis zu einem Höchstwert von 25.000 € (ohne Umsatzsteuer) können in Anwendung des § 8 Abs. 4 Nr. 17 UVgO im Wege der Verhandlungsvergabe auch ohne Teilnahmewettbewerb vergeben werden. Dabei können

- Lieferungen und Leistungen mit einem geschätzten Auftragswert bis zu 5.000 € (ohne Umsatzsteuer) nach einer formlosen (auch telefonischen) Angebotseinholung bei grundsätzlich mindestens drei Unternehmen an den Bieter mit dem wirtschaftlichsten Angebot vergeben werden,
- Lieferungen und Leistungen mit einem geschätzten Auftragswert von mehr als 5.000 € bis zu 25.000 € (ohne Umsatzsteuer) nach einer schriftlichen Angebotseinholung bei grundsätzlich mindestens drei Unternehmen an den Bieter mit dem wirtschaftlichsten Angebot vergeben werden. Bei fehlender Marktkennntnis sind die Aufträge in einem Wettbewerbsverfahren zu vergeben.

Bei Aufträgen zur Beschaffung von Waren oder Dienstleistungen oder bei Bauaufträgen, die bis zum 31.12.2021 vergeben werden, können Zuwendungsempfänger zusätzlich die Erleichterungen, die in den „Verbindlichen Handlungsleitlinien für die Bundesverwaltung für die Vergabe öffentlicher Aufträge zur Beschleunigung investiver Maßnahmen zur Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie“ geregelt sind, in gleicher Weise wie Bundesbehörden anwenden. Diese Handlungsleitlinien sind im Bundesanzeiger veröffentlicht [BAnz AT 13.07.2020 B2] und auch unter folgendem Link abrufbar: https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/H/handlungsleitlinien-vergr-corona.pdf?__blob=publicationFile&v=4.

Die Dokumentation der vom Zuwendungsempfänger durchgeführten Vergabeverfahren (§ 6 UVgO) muss sich mindestens auf folgende Punkte beziehen:

- die Gründe für die Anwendung der beschränkten Ausschreibung ohne Teilnahmewettbewerb oder der Verhandlungsvergabe, falls der geschätzte Auftragswert die oben genannten (bzw. die in den bis zum 31.12.2021 geltenden Verbindlichen Handlungsleitlinien genannten) Wertgrenzen überschritten hat,
- die Gründe für den Verzicht auf die Vergabe von Teil- und Fachlosen,
- die Namen der berücksichtigten Bewerber oder Bieter und die Gründe für ihre Auswahl,
- die Namen der nicht berücksichtigten Bewerber oder Bieter und die Gründe für ihre Ablehnung,
- den Namen des erfolgreichen Bieters und die Gründe für die Auswahl seines Angebotes.“

Die Zulässigkeit eines Verhandlungsverfahrens nach den Nummern 1 bis 16 bleibt unberührt. Nr. 3 ANBest-P ist auch dann zu beachten, wenn mit dem Förderantrag bereits potenzielle Auftragnehmer benannt oder Angebote vorgelegt werden.

Vergabeverfahren für Leistungen und/oder Lieferungen im Rahmen des Vorhabens sollen erst nach Erhalt des schriftlichen Zuwendungsbescheids begonnen werden.

Soweit bereits vor Erhalt des Zuwendungsbescheids der Ausführung des Vorhabens zuzurechnende Leistungen und/oder Lieferungen ausgeschrieben wurden und/oder Angebote eingeholt wurden, können Ausgaben für die ausgeschriebenen/angefragten

Leistungen nur dann als zuwendungsfähig anerkannt werden, wenn in der Ausschreibung bzw. der Aufforderung zur Abgabe von Angeboten ausdrücklich darauf hingewiesen wurde, dass eine Zuschlagserteilung bzw. ein Vertragsabschluss nur bei Bewilligung der beantragten Zuwendung erfolgt.

- **Hinweise für Zahlungsempfänger**

Die meinem Bescheid beigelegten "Hinweise für Zahlungsempfänger" sind zu beachten.

- **Teilnahme an „profi-online“**

Sie haben die Möglichkeit, an dem halbelektronischen Hybridverfahren „profi-online“ teilzunehmen. Diesem Bescheid sind dazu entsprechende Hinweise und ein Antrag beigelegt. Bitte senden Sie bei Interesse an einer Teilnahme an „profi-online“ den ausgefüllten Antrag an das BMU oder seinen Projektträger. Diese Stellen stehen Ihnen auch für nähere Auskünfte über das Verfahren zur Verfügung.

- **Nachweis der Verwendung**

Der Verwendungsnachweis besteht gemäß Nr. 6.2 ANBest-P aus einem Sachbericht und dem zahlenmäßigen Nachweis. Sachberichte müssen zwingend auch die Vorgaben der Nr. 6.2.1 ANBest-P berücksichtigen. Dem zahlenmäßigen Verwendungsnachweis ist nach Maßgabe der Nr. 6.2.2 ANBest-P eine tabellarische Belegübersicht (Belegliste nach beiliegendem Muster) beizufügen. Für den zahlenmäßigen Nachweis geht Ihnen nach Ablauf des Bewilligungszeitraumes ein DV-Vordruck zu.

- **Veröffentlichungen und Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit**

1. Es ist bei allen **Veröffentlichungen und Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit** – beispielsweise Publikationen, insbesondere Programmhefte, Broschüren, Websites, Briefköpfe sowie bei Plakatwänden, Transparenten und Ähnlichem – der Hinweis aufzunehmen bzw. gut sichtbar anzubringen:

„Gefördert vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages“.

Bei **Zuwendungsbaumaßnahmen** ist auf Bauschildern der Hinweis aufzunehmen:

„Hier entsteht ... gefördert durch die Bundesrepublik Deutschland....“

Zuwendungsgeber: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages“. Auf

Einladungskarten und Ähnlichem ist der Hinweis aufzunehmen: „Gefördert durch die Bundesrepublik Deutschland, Zuwendungsgeber: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages“. Dabei ist jeweils auch das Logo des BMU zu verwenden. Für die Erstellung von Drucksachen wird die Verwendung von RC-Papieren; zertifiziert nach RAL UZ14 (Blauer Engel) oder gleichwertig gewünscht. Das genutzte RC-Papier sollte hinsichtlich der Qualität der DIN EN 12281 oder gleichwertig entsprechen.

2. Das Logo sowie weitere Informationen zur Beachtung von Logos des Zuwendungsgebers BMU können abgerufen werden unter der Internetadresse: <http://www.ptj.de/klimaschutzinitiative-kommunen/leitlinien/anmeldung> mit dem Benutzernamen: „klima-leit“ und dem Passwort „kxyab280“. Dort findet sich auch ein PDF mit Anwendungshinweisen für die Logos.
3. Bei **Veröffentlichungen im Internet** sowie bei der Registrierung einer Internetadresse ist folgendes zu beachten:

3.1 Projektdarstellung

Zeitnah zum Beginn des Förderprojektes ist dieses auf der Internetseite des Zuwendungsempfängers mit Titel und Laufzeit des Vorhabens, beteiligten Partnern, Förderkennzeichen, Ziel und Inhalt des Vorhabens darzustellen. Auf der Startseite der projektbezogenen Internetdarstellung des Zuwendungsempfängers sind die Logos des BMU und der Klimaschutzinitiative einzubinden. Die projektbezogene Internetdarstellung ist mindestens so lange zu pflegen, bis die Prüfung des Verwendungsnachweises abgeschlossen ist. Mit dem Verwendungsnachweis für das Vorhaben ist ein Nachweis über die erfolgte Internetdarstellung einzureichen

3.2 Anmeldung

Die Zieladresse und ggf. die eigens eingerichtete/n Internet-Domain/s der zum Vorhaben angelegten Internetseiten sind dem zuständigen Fachreferat/Projektträger und der BMU-Internetredaktion (Mail: internetredaktion@BMU.bund.de) zu melden. Die Anmeldung soll zusätzlich zur Internetadresse auch das Förderkennzeichen enthalten.

3.3 Abmeldung, Domainaufgabe

Wenn eine Fortnutzung einer Internet-Domain für Projektzwecke im Sinne der Ergebnisverwertung nicht verfolgt wird oder zu einem späteren Zeitpunkt nicht mehr verfolgt wird und ein Zuwendungsempfänger die für ein Vorhaben gesicherte Internet-Domain nach Ende des Vorhabens oder zu einem späteren Zeitpunkt aufgeben will, hat er das BMU vor Rückgabe der Domain unter der Mail: internetredaktion@BMU.bund.de darüber so rechtzeitig zu informieren, dass dem BMU die Entscheidung möglich ist, ob es die aufzugebende Domain im Einzelfall übernimmt. Sollte das BMU eine Domain im Einzelfall übernehmen, hat der Zuwendungsempfänger diese ohne Kosten an das BMU abzugeben und dazu bei der Übertragung (KK-Antrag) mitzuwirken.

3.4 Erstellung eines Internetauftritts

Bei der Gestaltung und technischen Umsetzung eines Internetauftritts, aus dem das Bundesumweltministerium als Herausgeber hervorgeht, sind die jeweils gültigen Bestimmungen der Barrierefreien Informationstechnik Verordnung (BITV) zu beachten. Dies schließt auch die Dateien wie PDF-Dokumente, Audio- und Video-Beiträge ein, die über den Auftritt zum Herunterladen und Betrachten angeboten werden. Detaillierte Hinweise zur Umsetzung der BITV sind auf den Internetseiten des BIK (Arbeitskreis

„barrierefrei informieren und kommunizieren“) zu finden: <http://www.bik-online.info/>. bzw. <http://www.bitvtest.de/index.php?a=di&iid=1125>

3.5 Internetdateien für das BMU

Dateien, die im Rahmen des Projektes für das BMU zum Zwecke der Veröffentlichung im Internet erstellt werden (z. B. Projektberichte, Broschüren), fallen ebenfalls unter die Vorgaben der BITV. Die abgelieferten Dateien wie WORD-, PDF- und Audio-/Video-Dateien müssen den Mindestanforderungen entsprechen, wie sie unter der Internetadresse <http://www.BMU.de/cd-manual> mit dem Benutzernamen: „design“ und dem Passwort: „manual8x“ abgerufen werden können.

4. Anbringung von Förderhinweisen

Der Zuwendungsempfänger ist verpflichtet an den geförderten Objekten öffentlichkeitswirksam und in geeigneter Form auf die Förderung hinzuweisen. Geförderte Fahrräder/E-Bikes/Lastenräder sind dabei mit Folien zu kennzeichnen. Es ist dafür die Logo-Kombination BMU gut sichtbar und proportional zur Objektgröße anzubringen. Dabei sind die im Leitfaden „KRL Förderhinweise für investive Projekte“ enthaltenen Vorgaben zu beachten. Der Leitfaden sowie die Druckvorlagen für die Hinweisschilder werden unter <http://www.bmu.de/login> (Username: nki-logo, Passwort: design4klima) bereitgestellt.

5. Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit des Zuwendungsgebers

Der Zuwendungsempfänger verpflichtet sich, die vorhabenbezogene Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Zuwendungsgebers zu unterstützen. Er stellt dem BMU auf Nachfrage Unterlagen oder Fotos zu bewilligten Fördervorhaben zur Verfügung.

- Rückzahlung der Zuwendung

Ich behalte mir vor, Zuwendungsteilbeträge, die auf Anforderung ausgezahlt werden, kassenmäßig vorläufig zurückzufordern, wenn sie nicht zeitgerecht von Ihnen verwendet werden. Überzahlungen, die sich nach Abschluss des Vorhabens ergeben, sind von Ihnen unverzüglich und unaufgefordert unter Angabe eines Kassenzeichens, welches Ihnen jeweils gesondert mitgeteilt wird, zurückzuzahlen. Bitte beachten Sie, dass ein Kassenzeichen nur einmal verwendet werden darf und vor Überweisung Ihrerseits bei mir angefordert werden muss, damit eine Zahlung zugeordnet werden kann.

Bitte benutzen Sie dazu folgende Bankverbindung:

Empfänger/Kontoinhaber: **Bundeskasse Halle**

Deutsche Bundesbank, Filiale Leipzig

IBAN: DE38 8600 0000 0086 0010 40

BIC: MARKDEF1860

Die gemäß § 49 a Abs. 3 Verwaltungsverfahrensgesetz zu zahlenden Zinsen sind auf das vorgenannte Konto der Bundeskasse unter Angabe eines separat hierfür mitgeteilten Kassenzeichens zu überweisen.

Die Zuwendung kann erst ausgezahlt werden, wenn der Bescheid nach Ablauf der Rechtsbehelfsfrist bestandskräftig geworden ist und alle sonstigen Voraussetzungen erfüllt sind. Sie können die Bestandskraft des Zuwendungsbescheides vorher herbeiführen und damit die Auszahlung beschleunigen, wenn Sie auf der Empfangsbestätigung erklären, dass Sie auf einen Rechtsbehelf verzichten (Vordruck liegt bei).

Für die Anforderung der Zuwendung nach Nr. 1.4 ANBest-P liegt bereits der Vordruck dem Zuwendungsbescheid bei, soweit der Zahlungsplan im laufenden Haushaltsjahr eine Zahlung vorsieht. Falls Sie auf die Einlegung eines Rechtsbehelfs in der Empfangsbestätigung nicht verzichten, müssen Sie den Ablauf der Rechtsbehelfsfrist abwarten und der ersten Zahlungsanforderung eine Erklärung beifügen, dass Sie keine Klage beim Verwaltungsgericht erhoben haben.

- **Einschaltung eines Projektträgers**

Die Forschungszentrum Jülich GmbH, Projektträger Jülich (PtJ) Zimmerstr. 26-27, 10969 Berlin (**Herr Dominik Kettig**, Telefon 030 201 99 - **3584**, E-Mail d.kettig@fz-juelich.de und **Frau Lucia Seinwill**, Telefon 030 201 99 - **3623**, E-Mail s.seinwill@fz-juelich.de) ist als Projektträger für das Fördergebiet bevollmächtigt, im Rahmen der BMU-Regelungen die hierzu erforderlichen Rechtshandlungen selbständig vorzunehmen.
Ich bitte daher, alle die Durchführung und Abwicklung des Vorhabens betreffenden Vorgänge an den Projektträger zu senden.

3. Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage bei dem Verwaltungsgericht Köln, Appellhofplatz, 50667 Köln, erhoben werden.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Dr. Reinhardt

Dieser Bescheid wurde durch DV erstellt und trägt daher keine Unterschrift.

Bezirksamt Treptow-Köpenick von Berlin, PF 910240, 12414 Berlin (Postanschrift)

Geschäftszeichen (bitte angeben)

SchulSpo AL

Herr Winkelhöfer

Tel. + 49 30 90297 - 3300

Fax: +49 30 90297 - 3289

E-Mail: stephan.winkelhoefer@ba-tk.berlin.de

post.schule-sport@ba-tk.berlin.de
elektronische Zugangsöffnung
gemäß § 3a Absatz 1 VwVfG

V
1. Mellowpark e.V.

An der Wuhlheide 250

12459 Berlin

u 30.09.2024

Zuwendungsbescheid

„Klimagerechter Neubau einer BMX Halle auf dem Gelände des Mellowpark mit regenerativer Energieversorgung und pädagogischem Konzept im Sinne von Bildung für nachhaltige Entwicklung.“

Haushaltsjahr 2024

Anlagen:

1. Ergänzende Ausführungsvorschriften zu den AV § 24 LHO (Dezember 2011)
2. Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P)
3. Vorlage Einredeverzicht/ Mittelabforderung

Sehr geehrte Damen und Herren,

entsprechend der Vorgaben des Landeshaushaltes 2024/2025 2729 71902 (Zuschuss für den Bau einer BMX-Halle) ergeht folgender


Zuwendungsbescheid.

1. Zuwendung

Ich bewillige Ihnen gemäß § 44 der Landeshaushaltsordnung in der Fassung vom 18.02.2020 (ohne Anerkennung einer Rechtspflicht) im Wege der Projektförderung zur Deckung der zuwendungsfähigen Ausgaben eine nicht rückzahlbare Zuwendung bis zur Höhe von

3.460.000,- EUR

Bezirksamt Treptow-Köpenick von Berlin -Schul- und Sportamt-, Dienstsitz: Rudower Chaussee 4, 12489 Berlin

 barrierefreier Zugang

Sprechzeiten: (nur telefonisch oder nach Terminvereinbarung!): Dienstag von 9.00h bis 12.00h - Donnerstag 14.00h bis 16.00h

Fahrverbindungen: S8, S9, S45, S85, S46; Bus 162, 260, 163, 164; Tram M17, 61, 63 bis S Adlershof

Bankverbindungen: Landesbank Berlin DE55 1005 0000 1613 0132 28, Postbank Berlin DE80 1001 0010 0651 6161 09

(in Worten: drei Millionen vierhundertsechzigtausend Euro)

aus Zuwendungsmitteln gem. Haushaltsplan von Berlin für das Haushaltsjahr 2024.

Die Zuwendung erfolgt vorbehaltlich der Umsetzung der Haushaltsmittel der Senatsverwaltung für Finanzen (Zuweisungen an die Bezirke) an den Bezirk Treptow-Köpenick von Berlin.

Die endgültige Höhe der Zuwendung erfolgt nach abschließender Prüfung des Verwendungsnachweises.

2. Zweck der Mittel

Die Mittel sind zweckgebunden zur anteiligen Finanzierung der Ausgaben für die Errichtung eines klimagerechten Neubaus einer BMX-Halle auf dem Gelände des Mellowpark mit regenerativer Energieversorgung und pädagogischem Konzept im Sinne von Bildung für nachhaltige Entwicklung auf dem Gelände An der Wuhlheide 250, 12459 Berlin, Bezirk Treptow-Köpenick von Berlin.

Die Errichtung der BMX-Halle darf ausschließlich entsprechend des geprüften Bedarfsprogramms vom 22.07.2022 (Übergabe 31.08.2022) erfolgen.

Nach Abschluss der Maßnahme und vor Inbetriebnahme ist die Verkehrssicherheit der Anlage gem. § 823ff. BGB, insbesondere unter Beachtung der DIN EN 1176/ DIN 18034 nachzuweisen.

3. Auszahlung der Mittel

Die Zuwendungsmittel i. H. v. 3.460.000,-EUR werden entsprechend der haushaltswirtschaftlichen Voraussetzungen in folgenden Jahresteilbeträgen zur Verfügung gestellt:

2024	3.114.000,- EUR
------	-----------------

Sollte sich der Finanzierungsplan verschieben, so ist dies mitzuteilen. Die geprüften Kosten des Bedarfsprogramms mit Kostenstand vom I. Quartal 2024 werden für verbindlich erklärt (III 1313.H F).

Die Zuwendung kann in Höhe von 90 v. H. des Gesamtbetrages (3.114.000,- EUR) abgerufen werden. Bis zur Vorlage der entsprechenden Kostennachweise werden die Mittel i. H. v. 10 v. H. des Gesamtbetrages (346.000,- EUR) kassenmäßig gesperrt (Auszahlungssperre).

Kosteneinsparungen sind uns nach Feststellung sofort mitzuteilen und mindern die Höhe des Zuwendungsbescheides. Änderung des Kostenplans der eingereichten Maßnahme bedürfen der Zustimmung des Zuwendungsnehmers.

Mehrkosten über dem geprüften Finanzierungsplan werden nach derzeitiger Haushaltslage nicht anteilig gefördert und müssen umfänglich vom Zuwendungsempfänger getragen werden. Zur

Sicherung des Förderziels müssen jedoch dem Zuwendungsgeber die Mehrkosten und die gleichzeitige Deckung dieser Kosten durch höhere Eigenmittel angezeigt werden. Damit wird die geschlossene Finanzierung des Projekts dokumentiert und das Förderziel ist weiterhin gesichert. Sofern die Mehrkosten nicht finanziert sind, wird die Auszahlung der Haushaltsmittel bis zur Sicherstellung der geschlossenen Finanzierung des Vorhabens ausgesetzt.

Der Abruf der Mittel erfolgt mit dem beiliegenden Abrufantrag. Bei Abruf von Teilbeträgen ist entsprechend dem Projektverlauf ein Zwischenverwendungsnachweis (siehe Anlage) erforderlich.

Die bewilligten Zuwendungsmittel sind sparsam zu bewirtschaften. Alle erzielbaren Rabatte, Skonti und sonstigen Preisnachlässe sind in Anspruch zu nehmen. Verluste, die durch Versäumnisse dieser Art entstehen, gehen zu Lasten des Zuwendungsempfängers.

Vor Ablauf der in der Rechtsbehelfsbelehrung genannten Klagefrist können Zuwendungsmittel nur ausbezahlt werden, wenn Sie sich mit dem Inhalt dieses Bescheides gem. beigefügtem Vordruck einverstanden erklären und unwiderruflich auf das Rechtsmittel der Klage verzichten.

4. Verfahren bei Baumaßnahmen

Bei dem Neubau der BMX-Halle handelt es sich um eine Baumaßnahme. Die in Anlage beigefügten „Ergänzenden Ausführungsvorschriften zu den AV zu § 24 LHO vom Dezember 2011“ der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen sind anzuwenden.

Bei Baumaßnahmen mit voraussichtlichen Gesamtkosten von über 1 Mio. Euro ist das Regelverfahren gem. Nr. 2 der Ergänzenden Ausführungsvorschriften zu den AV zu § 24 LHO anzuwenden. Die Verantwortung für die Ordnungsmäßigkeit der Planungsunterlagen, die Wirtschaftlichkeit und die Notwendigkeit der Baumaßnahme liegt beim Zuwendungsnehmer.

Die Einreichung, Prüfung und Genehmigung der Planungsunterlagen obliegt der für Bauen zuständigen Senatsverwaltung sowie der fachlichen zuständigen Senatsverwaltung (Sport). Die Bauplanungsunterlagen für die o.a. Maßnahme sind vom Zuwendungsnehmer nach den Leistungsbildern der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) aufzustellen und vom Zuwendungsgeber freizugeben.

5. Bedingungen und Auflagen

I. Zur Sicherstellung der zeit- und kostengerechten Umsetzung der Baumaßnahme ist ein baubegleitendes Baucontrolling durch einen Sachverständigen als übergeordnete Qualitätssicherung einzurichten. Das einzurichtende Baucontrolling prüft in zeitlichen, dem Baufortschritt angepassten, Vor-Ort-Begehungen den jeweiligen Ausführungszustand der genehmigungspflichtigen Bauarbeiten und stellt die Leistung des Baufortschritts im Abgleich Soll zu Ist in vertraglicher, technischer und terminlicher Hinsicht fest. Der Bautenstand ist festzuhalten und zu dokumentieren. Der

Bautenstandsabgleich ist gegenüber dem Zuwendungsgeber mitzuteilen. Der AN hat den Bautenstand festzuhalten und zu dokumentieren.

II. Der Zuwendungsnehmer richtet zur notwendigen Entscheidungsfindung (bspw. Bestimmung von Vorzugsvarianten von Einzelsachverhalten) oder Planänderungsanzeigen der Baumaßnahme (bspw. Änderung, Abweichung von Einzelsachverhalten oder Grundstücksfragen) im Zuge der Weiterentwicklung und Umsetzung des Bedarfsprogramms einen baubegleitenden Ausschuss ein (vgl. Nr. 1.2 AV § 24 LHO). Der Zuwendungsnehmer benennt min. zwei Ansprechpersonen für die mit dem Zuwendungsnehmer im Zuge der Umsetzung der Maßnahme notwendigen Abstimmungen sowie für die Besetzung des baubegleitenden Ausschusses.

6. Nebenbestimmungen

Die als Anlage beigefügten Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) sind Bestandteil dieses Bescheides und gelten unmittelbar, soweit nicht abweichende Regelungen getroffen werden.

Die für Ihr Vorhaben geltenden gewerbe-, bau-, umwelt- und sonstigen rechtlichen Vorschriften sind von Ihnen zu beachten und anzuwenden. Danach einzuholende Genehmigungen usw. werden durch diesen Bescheid nicht berührt.

7. Publizitätspflicht

Bei Öffentlichkeitsmaßnahmen ist in geeigneter Weise auf die finanzielle Beteiligung des Landes Berlin aufmerksam zu machen (z.B. auf dem Bauschild, in Publikationen, Internetveröffentlichungen). Die Publizitätsaktivitäten sind dem Bezirksamt Treptow-Köpenick von Berlin spätestens im Rahmen des Verwendungsnachweises bekannt zu machen.

8. Ausschreibungs- und Vergabevorschriften

Die Vergabevorschriften des Landes Berlin sind zu beachten. Ich verweise insbesondere auf die Beachtung der Schwellenwerte, die eine EU-weite Ausschreibung im EU-Amtsblatt erforderlich machen.

Bei der Vergabe von Aufträgen entsprechend den Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen abweichend von § 3a Abs. 2 Nr. 1 VOB/A - Abschnitt 1 - bei einem geschätzten Auftragswert von bis zu 200 000 Euro (ohne Umsatzsteuer) für Hochbauleistungen und bis zu 500 000 Euro (ohne Umsatzsteuer) für alle anderen Bauleistungen eine Beschränkte Ausschreibung durchgeführt werden. Soweit gem. § 3a Abs. 2 Nr. 3 VOB/A eine öffentliche oder beschränkte Ausschreibung aus Gründen der Dringlichkeit, der Eigenart der Bauleistung oder sonstigen besonderen Gründen unzumutbar ist, ist dies gesondert zu begründen.

9. Erstattung der Zuwendung

Es wird darauf hingewiesen, dass die Bewilligung auch rückwirkend widerrufen und bereits ausgezahlte Mittel zurückgefordert werden, auch wenn sie bereits verwendet worden sind, wenn

- die Zweckbindung der Zuwendung nach Abschluss des Vorhabens nicht erfüllt wird oder
- die mit der Zuwendung mitfinanzierte BMX-halle nicht unverzüglich in die sportfachliche Nutzung genommen wird.

10. Verwendungsnachweis

Der Verwendungsnachweis ist mir spätestens sechs Monate nach Abschluss des Vorhabens, spätestens jedoch zum 31.12.2026 vorzulegen.

Der Verwendungsnachweis besteht aus einem Sachbericht, einem zahlenmäßigen Nachweis und einem Inventarverzeichnis.

In dem Sachbericht sind die Verwendung der Fördermittel sowie das erzielte Ergebnis im Einzelnen darzustellen.

In dem zahlenmäßigen Nachweis sind die Einnahmen und Ausgaben in zeitlicher Folge voneinander getrennt entsprechend der Gliederung des Finanzierungsplans auszuweisen.

Der Nachweis muss alle mit dem Förderzweck zusammenhängenden Einnahmen und Ausgaben enthalten. Aus dem Nachweis müssen Tag, Empfänger/Einzahler sowie Grund, Zahlungsweise und Einzelbetrag jeder Zahlung ersichtlich sein.

Mit dem Nachweis sind die Originalbelege (Einnahme- und Ausgabebelege) über die Einzelzahlungen und die Verträge über die Vergabe von Aufträgen vorzulegen. Die Belege müssen die im Geschäftsverkehr üblichen Angaben und Anlagen enthalten sowie ein eindeutiges Zuordnungsmerkmal zu dem geförderten Projekt.

Die Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung zum Nachweis der Verwendung sind zu beachten (Nr. 6 ANBest-P).

11. Rechtsanspruch

Aus der Gewährung der Zuwendung kann nicht auf eine künftige Förderung, insbesondere auch nicht im bisherigen Umfang, geschlossen werden. Dieses Finanzierungsrisiko ist vom Zuwendungsempfänger bei Abschluss, Änderung oder Verlängerung von Verträgen zu beachten. Der Grundsatz des Vertrauensschutzes kann nicht geltend gemacht werden.

Ich behalte mir vor, den Zuwendungsbescheid insoweit zu widerrufen, wie Ausgaben auf Grund hauswirtschaftlicher Sperren nicht verfügbar sein sollten (§ 49 Abs. 2 Nr. 1 i.V.m. § 36 Abs. 2 Nr. 3 VwVfG).

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch beim Bezirksamt Treptow-Köpenick von Berlin, Schul- und Sportamt, eingelegt werden.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Winkelhöfer

2. z. V.

WV 30.10.2024

hol. 

SchulSport CV



30.10.2024

Bezirksamt Treptow-Köpenick von Berlin
Abteilung Weiterbildung, Schule, Kultur und Sport
Schul- und Sportamt
Leiter
Postfach 910240 · 12414 Berlin